

Positionspapier Verwaltung fit für die Zukunft machen

Die Krisen der vergangenen Jahre – Rezession, Fachkräftemangel, überbordende Bürokratie, verzögerte Digitalisierung – sowie die angespannte Sicherheitslage und der Klimawandel stellen Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. Wir müssen jetzt die Weichen neu stellen, um Deutschland resilienter zu gestalten und auch zukünftig als Hochtechnologiestandort und Leitmarkt für innovative Lösungen wettbewerbsfähig zu sein. Dies betrifft insbesondere den Abbau bürokratischer Hindernisse, die Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung und die Förderung moderner Technologien wie KI, Cloud und Quantencomputer.

Mit der Entwicklung innovativer Lösungen wie der CovPass App, elektronischen Patientenakte, KI-Assistenzsystemen für die Justiz und Kommunalverwaltung sowie digitalen Anwendungen für die Bundeswehr unterstützt IBM die wichtige Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Um die öffentliche Verwaltung für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen, müssen ihre Leistungsfähigkeit und Innovationskraft – insbesondere in Krisenzeiten – gestärkt werden. Dafür braucht es einen zeitgemäßen Rechtsrahmen sowie IT-Infrastruktur und ein hohes Tempo in der Umsetzung:

- **Digitalministerium im Bund einrichten** → IBM begrüßt das Vorhaben der Einrichtung eines Digitalministeriums auf Bundesebene sowie die damit verbundene Aufwertung der Digitalpolitik in der künftigen Bundesregierung. Für eine wirkungsvolle Handlungsfähigkeit bedarf es weitreichender Befugnisse sowie einer entsprechenden finanziellen Ausstattung.
- **Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsdienstleistungen verankern und EfA-Leistungen verpflichtend machen** → Das OZG verpflichtend Bund, Länder und Kommunen zur digitalen Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen. Diese können nach dem „Einer für alle“-Prinzip (EfA) von einem oder mehreren Ländern entwickelt und anderen zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist eine effiziente Arbeitsteilung und Nachnutzung bestehender Angebote. Weite Teile der Verwaltung arbeiten jedoch noch immer überwiegend analog und autonom. Um die dringend notwendige Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, sollte die Übernahme von EfA-Leistungen verpflichtend und ein Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsdienstleistungen verankert werden. Wir unterstützen die Forderungen des BDI, spätestens Ende 2026 alle für die Industrie relevanten OZG-Leistungen vollständig digital verfügbar zu machen.

- **Beschleunigung Prozessdigitalisierung durch gebündelte Ausschreibungen, Einsatz von Innovationen und rechtliche Verankerung „Once-Only-Prinzip“** → Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sollten gebündelt ausgeschrieben werden, um die Kommunen zu entlasten. Der Rollout der E-Akte sollte deutlich an Schwung gewinnen und der gezielte Einsatz von Innovationen (digitale Bürgerservices, KI für Automatisierung, Multi-Cloud) stärker gefördert werden. Die Anpassung der Regulierung medienbruchfreier Verwaltungsprozesse und die Beschleunigung der Registermodernisierung setzen dabei geeignete Rahmenbedingungen. Das „Once-Only-Prinzip“ sollte gesetzlich verankert und der Austausch von Daten bundesländerübergreifend technisch und regulativ möglich werden. Um bereits erprobte „Best Practice“-Lösungen in die flächendeckende Anwendung zu bringen, sollten koordinierende Stellen geschaffen werden (z. B. über den IT-Planungsrat oder die Digitalministerkonferenz). Zudem bieten die „Dresdner Forderungen“ des Deutschen Städtetages sinnvolle Ansätze zur Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung in den Kommunen.
- **Stärkung der digitalen Souveränität der Verwaltung durch Open Source, KI und Cloud** → Wir begrüßen das OZG 2.0 mit seinem Ziel, Open Source Software bei Beschaffungen in Bundesbehörden zu fördern. Zum stärkeren Einsatz innovativer Technologien in der Verwaltung bedarf es einer ressortübergreifenden Strategie zur Nutzung von Open Source, KI und Multi-Cloud-Lösungen unter Berücksichtigung transparenter und verantwortungsvoller Governance-Anforderungen. IBM begrüßt den risikobasierten Ansatz des EU AI Acts und setzt sich für eine faire Haftungsverteilung sowie eine innovationsfreundliche nationale Umsetzung ein. Eine Marktüberwachungs-Kleinstaaterei wie bei der DSGVO sollte unbedingt vermieden werden. Das nationale Umsetzungsgesetz sollte daher die Bundes- und ggf. sektor-spezifischen Landeskompetenzen klar regeln. Hier sind insbesondere die Vermeidung von Doppelstrukturen und die Verzahnung der diversen Durchführungsakte der Digitalregulierung wichtig.
- **Offene und sektorenübergreifende Datenstandards schaffen** → Die neue Bundesregierung sollte die Harmonisierung der Zuständigkeiten, Datenformate und Qualitätsniveaus bei der Bereitstellung von Daten vorantreiben. Hier kann das geplante Dateninstitut einen Mehrwert schaffen. Dafür sollte es budgetär ausreichend ausgestattet und sein Auftrag konkretisiert werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden.
- **Innovative Personalpolitik sowie Veränderungsmanagement als Hebel** → Der Einsatz von KI unterstützt bei der Bewältigung des Fachkräftemangels sowie beim Wissensmanagement innerhalb der Verwaltung. Zur Erhöhung der Akzeptanz und beschleunigten Nutzung sollten den AnwenderInnen niedrigschwellige Angebote gemacht werden. Branchenübergreifende Netzwerke wie Human Friendly Automation bieten eine neutrale Plattform für die Bedürfnisse eines strategischen Ressourcenmanagements sowie

individueller Wünsche und Kompetenzen derjenigen, deren Tätigkeiten durch KI mittelfristig unterstützt werden.

- **Vereinfachung Beschaffungs- bzw. Einkaufswesen** (vergaberechtlich und prozessual) und **langfristige Planungssicherheit** → Die dringend notwendige Verwaltungsdigitalisierung darf kein Spielball unterschiedlicher Haushaltsinteressen sein, sondern muss prioritär behandelt werden. Eine Anpassung der Finanzierung der öffentlichen Hand über mehrere Haushaltsjahre hinweg würde weitere Umsetzungsmöglichkeiten für strategische Resilienz bieten. Bei der Vereinfachung des Beschaffungswesens sollten Leistungsanforderungen der Unternehmen an die öffentliche Verwaltung lösungsorientiert Berücksichtigung finden.

Kontakt

Government & Regulatory Affairs IBM DACH

Martin Wegele, Director, martin.wegele@ibm.com, +49 173 5769369

Svenja Frerichs, Senior Manager, svenja.frerichs@ibm.com, +49 172 7655429